

an den Wuppertaler Kreisverband von «Bündnis90/Die Grünen»

Wir besuchen euch heute in eurem Büro, weil wir eine Scheiß-Wut haben. Wir sind von den Ereignissen der letzten Woche im Berliner Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain mächtig mitgenommen – auch wenn wir uns hier 500 Kilometer entfernt befinden.

Wir protestieren mit diesem Forderungsschreiben gegen den menschenverachtenden und zynischen Umgang eurer Berliner ParteifreundInnen aus dem Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain mit dem Leben geflüchteter Menschen in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße. Auch wenn gestern Nacht in letzter Minute das Schlimmste – ein lebensgefährdender Polizeieinsatz – abgewendet werden konnte, stellt das tagelange Hinhalten und die Anforderung der polizeilichen Besatzungstruppen sowie das Akzeptieren des Ultimatums der Polizeiführung zur Räumung der Schule durch den Baustadtrat Hans Panhoff einen beispiellosen Vorgang dar. Die in der Folge stattgefundenen Traumatisierung der in der Schule befindlichen Menschen entzieht allen Beteuerungen der Grünen, sich für Geflüchtete einsetzen zu wollen, jeden Boden.

- **Wir fordern die Wuppertaler Grünen daher dazu auf, sich von der Vorgehensweise ihrer ParteifreundInnen in Kreuzberg/Friedrichshain zu distanzieren und sich für personelle Konsequenzen in Berlin einzusetzen, soweit dies im informellen Rahmen einer Parteifreundschaft möglich ist.**

Nach den schlechten Erfahrungen der letzten Tage bestehen wir jedoch auch auf einigen grundlegenden, und ggf. erneuerten Zusagen der Wuppertaler Grünen. Wenn die Partei «Bündnis90/Die Grünen» in der Stadt weiterhin für sich in Anspruch nehmen will, eine andere, humanere Flüchtlings- und Migrationspolitik anzustreben, erwarten wir vom Wuppertaler Kreisverband Zusicherungen für nachfolgende Punkte – immerhin ist der Landesverband, dem die Wuppertaler Grünen angehören, in NRW Regierungspartei:

Auf Landesebene:

- **Eine Ablehnung im Bundesrat der für heute im Bundestag zur Verabschiedung vorgelegten Verschärfung des Asylrechts, nach der Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zukünftig zu den «sicheren Drittstaaten» gehören sollen. Ohne die Stimmen der von den Grünen mitregierten Länder kann dieses Gesetz nicht inkrafttreten.**
- **Einen sofortigen Abschiebestopp aus Nordrhein-Westfalen. Dies betrifft insbesondere Abschiebungen von Roma in o.g. Länder und Abschiebungen nach der «Dublin III»-Verordnung.**
- **Eine unmittelbare Schließung des Abschiebeknastes in Büren und einen sofortigen Stopp aller Einknastungen geflüchteter Menschen.**
- **Ein Bleiberecht und Arbeitserlaubnisse für die in NRW lebenden Menschen mit dem so genannten «Lampedusa»-Status, also anderswo anerkannten und weitergereisten Flüchtlingen – analog zu den bekannten Forderungen der «Lampedusa in Hamburg»-Gruppe.**

Auf kommunaler Ebene:

- **Eine höhere Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von mehr Flüchtlingen als im Verteilungsschlüssel vorgesehen. Die Stadt Wuppertal verfügt über genügend Kapazitäten, geflüchtete Menschen aufzunehmen, und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, die teilweise untragbaren Zustände in Unterkünften anderer Städte hinter sich zu lassen. Das betrifft vor allem auch syrische Kriegsflüchtlinge.**
- **Eine höhere Flexibilität bei der Genehmigung von Zuzügen von Flüchtlingen mit humanitärem Aufenthaltsstatus in die Stadt Wuppertal. Es darf nicht sein, dass Menschen trotz nicht mehr vorhandenen Lagerzwangs in der Wahl ihres Wohnortes eingeschränkt werden, weil sie (noch) über keine feste Arbeit verfügen. Das Wuppertaler Jobcenter muss diesen Menschen den Zuzug nach Wuppertal ermöglichen und ihnen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz behilflich sein. Wir fordern von den Wuppertaler Grünen, in diesem Sinn auf den Leiter des Wuppertaler Jobcenters – ihren Parteifreund Thomas Lenz – einzuwirken.**
- **Die Einrichtung eines Wuppertaler «Refugee Welcome Centers» mit Beratungs- und Hilfestruktur, sowie mit ausreichenden Kapazitäten für eine erfolgreiche Selbstorganisation von geflüchteten Menschen.**

Wenn Ihr im Tal, in unseren Kiezen – in der Nordstadt, auf dem Ölberg und den anderen Quartieren – einen Rest Glubwürdigkeit behalten wollt, kümmert euch um diese Forderungen. Wir werden euer Verhalten am Umgang mit den geflüchteten Menschen messen: seit der Ohlauer Straße kritischer als je zuvor.

You can't evict a movement! Einige zornige NachbarInnen ausm Tal.